

Änderungsantrag 1**Daniel Freund, Mikuláš Peksa**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht**A9-0044/2022****Daniel Freund**Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)**Entschließungsantrag****Ziffer 11***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

11. nimmt die Antwort des Parlaments im kontradiktorischen Verfahren, in der die Empfehlung des Rechnungshofes angenommen wird, zur Kenntnis; nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament im Jahr 2019 ein Projekt initiiert hat, um die Anwesenheit in der zentralen Anwesenheitsliste ***und in den parlamentarischen Kammern*** mithilfe von biometrischer Technologie automatisch zu erfassen, ***um mit einer solchen Technologie Fehler zu beseitigen und sicherzustellen***, dass tatsächlich nur Mitglieder, die Anspruch auf Tagegeld haben, es erhalten; bedauert, dass ***die COVID-19-Pandemie zu Verzögerungen bei diesem Projekt geführt hat; nimmt zur Kenntnis, dass die Parlamentsverwaltung, wie vom Präsidium vorgeschrieben, Ende 2020 einen Vertrag für dieses Projekt abgeschlossen hat und dass ferner der Datenschutzverantwortliche des Parlaments zurzeit die Empfehlungen des Europäischen Datenschutzbeauftragten, die Ende März 2021 eingegangen sind, prüft***;

11. nimmt die Antwort des Parlaments im kontradiktorischen Verfahren, in der die Empfehlung des Rechnungshofes angenommen wird, zur Kenntnis; nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament im Jahr 2019 ein Projekt initiiert hat, um die Anwesenheit in der zentralen Anwesenheitsliste mithilfe von biometrischer Technologie automatisch zu erfassen ***und Ende 2020 einen Vertrag für dieses Projekt unterzeichnet hat; betont, dass die massenhafte Verarbeitung biometrischer Daten vermieden werden sollte; fordert das Präsidium auf, eine alternative Lösung zu entwickeln, die keine Verarbeitung biometrischer Daten beinhaltet und mit der sichergestellt wird***, dass tatsächlich nur Mitglieder, die Anspruch auf Tagegeld haben, es erhalten; bedauert, dass ***dieses Projekt weiterverfolgt wurde, obwohl der Europäische Datenschutzbeauftragte Ende März 2021 eine ablehnende Stellungnahme abgab und diese in seinem Jahresbericht 2021 bekräftigte, wobei er darlegte, dass das Parlament Alternativen in Betracht ziehen sollte, die mit Blick auf den Datenschutz weniger einschneidend sind***;

Or. en

Änderungsantrag 2**Daniel Freund**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht**A9-0044/2022****Daniel Freund**Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)**Entschließungsantrag****Ziffer 15***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

15. stellt fest, dass aufgrund der Folgemaßnahmen im Jahr 2020 61 der 108 noch ausstehenden Maßnahmen abgeschlossen wurden; stellt fest, dass ***sich zusätzlich zu diesen validierten Maßnahmen aus den Prüfberichten insgesamt 47 ausstehende Maßnahmen ergaben, einschließlich der Maßnahmen, deren Umsetzung noch nicht ansteht, und dass 15 dieser Maßnahmen ein*** erhebliches Risiko betreffen; bedauert, dass einige der oben genannten Maßnahmen bereits vor mehreren Jahren empfohlen, aber noch nicht umgesetzt wurden; erwartet, dass die verschiedenen Generaldirektionen sicherstellen, dass überfällige Maßnahmen ohne weitere Verzögerung abgeschlossen und dass die vereinbarten Maßnahmen innerhalb der im Jahresbericht des Internen Prüfers festgelegten Fristen umgesetzt werden; fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde im Laufe seiner Anhörungen vor dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments im September und November 2022 über den Abschluss der noch ausstehenden Maßnahmen Bericht zu erstatten;

15. stellt fest, dass aufgrund der Folgemaßnahmen im Jahr 2020 61 der 108 ***analysierten*** noch ausstehenden Maßnahmen abgeschlossen wurden, ***deren vereinbarte Umsetzungsfristen abgelaufen waren***; stellt fest, dass ***von den 47 verbleibenden*** Maßnahmen aus den ***betreffenden*** Prüfberichten 15 ein erhebliches Risiko betreffen; bedauert, dass einige der oben genannten Maßnahmen bereits vor mehreren Jahren empfohlen, aber noch nicht umgesetzt wurden; erwartet, dass die verschiedenen Generaldirektionen sicherstellen, dass überfällige Maßnahmen ohne weitere Verzögerung abgeschlossen und dass die vereinbarten Maßnahmen innerhalb der im Jahresbericht des Internen Prüfers festgelegten Fristen umgesetzt werden; fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde im Laufe seiner Anhörungen vor dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments im September und November 2022 über den Abschluss der noch ausstehenden Maßnahmen Bericht zu erstatten;

Or. en

27.4.2022

A9-0044/3

Änderungsantrag 3

Daniel Freund

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht

A9-0044/2022

Daniel Freund

Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 55 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

55a. weist darauf hin, dass eine von der Präsidentin gegen ein Mitglied verhängte Sanktion gemäß Artikel 176 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Parlaments auf der Website des Parlaments an sichtbarer Stelle veröffentlicht wird, sobald sie rechtskräftig wird, und im Einklang mit den Rechtsgrundsätzen der ordnungsgemäßen Durchführung der Untersuchungen, der Unschuldsvermutung und des Schutzes der persönlichen Rechte für die restliche Dauer der Wahlperiode dort verbleibt; fordert, dass Überlegungen darüber angestellt werden, ob die Sanktionen derzeit ausreichend sichtbar veröffentlicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 4**Daniel Freund**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht**A9-0044/2022****Daniel Freund**Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)**Entschließungsantrag****Ziffer 63***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

63. nimmt zur Kenntnis, dass im Jahr 2020 im Parlament erneut keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; erinnert daran, dass die jüngsten Fälle einer Meldung mutmaßlicher Missstände auf das Jahr 2016 zurückgehen und dass jeder der drei betroffenen akkreditierten parlamentarischen Assistenten anschließend entlassen wurde; weist darauf hin, dass sich unter anderem akkreditierte parlamentarische Assistenten aufgrund ihrer besonderen Beschäftigungssituation in einer anfälligen Position befinden; fordert das Parlament auf, seine eigenen internen Vorschriften im Statut vollständig an die Richtlinie (EU) 2019/1937⁵ anzupassen, unter anderem durch die Einrichtung sicherer Meldekanäle; **weist** ferner **darauf hin**, dass Hinweisgeber **einen** angemessenen Schutz verdienen, der dem der **Opfer** von **Belästigungen ähnelt**; ersucht das Parlament, die Mitarbeiter des Parlaments wo immer möglich für den Schutz von Hinweisgebern zu sensibilisieren;

63. nimmt zur Kenntnis, dass im Jahr 2020 im Parlament erneut keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; erinnert daran, dass die jüngsten Fälle einer Meldung mutmaßlicher Missstände auf das Jahr 2016 zurückgehen und dass jeder der drei betroffenen akkreditierten parlamentarischen Assistenten anschließend entlassen wurde; weist darauf hin, dass sich unter anderem akkreditierte parlamentarische Assistenten aufgrund ihrer besonderen Beschäftigungssituation in einer anfälligen Position befinden; fordert das Parlament auf, seine eigenen internen Vorschriften im Statut vollständig an die Richtlinie (EU) 2019/1937⁵ anzupassen, unter anderem durch die Einrichtung sicherer Meldekanäle; **stellt** ferner **fest**, dass Hinweisgeber, **ähnlich wie Opfer von Belästigung**, angemessenen Schutz verdienen **und dass dies auch die Einrichtung eines beratenden Ausschusses umfassen sollte**, der **sich mit dem Schutz von Hinweisgebern befasst; bedauert, dass sich die Mitarbeiter nur zu einem geringen Umfang des Bestehens einer Kontaktstelle für Hinweisgeber im Kabinett des Generalsekretärs bewusst sind, und ist der Ansicht, dass diese Kontaktstelle einen vollwertigen beratenden Ausschuss nicht ersetzen kann; fordert das Präsidium auf,**

Schulungen für Kontaktstellen für die Entgegennahme von Offenlegungen von Hinweisgebern vorzuschreiben und klare und rechtssichere Standards dafür anzunehmen, in welchen Fällen Schutz für Hinweisgeber, einschließlich APA, gewährt werden kann, und diese Standards zu veröffentlichen; ersucht das Parlament, die Mitarbeiter des Parlaments wo immer möglich für den Schutz von Hinweisgebern zu sensibilisieren;

⁵ Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17).

⁵ Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17).

Or. en

27.4.2022

A9-0044/5

Änderungsantrag 5

Daniel Freund

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht

A9-0044/2022

Daniel Freund

Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

64a. weist darauf hin, dass das Parlament den Mitgliedern gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Parlaments bereits die Möglichkeit einräumt, eine freiwillige Prüfung oder Bestätigung ihrer Ausgaben im Rahmen der allgemeinen Kostenvergütung zu veröffentlichen; stellt fest, dass im Kalenderjahr 2020 fünf freiwillige Erklärungen zur Nutzung der allgemeinen Kostenvergütung abgegeben wurden; fordert die Dienststellen des Parlaments auf, die Mitglieder jährlich an diese Möglichkeit zu erinnern; fordert das Präsidium auf, die Entlastungsbehörde regelmäßig von der Anzahl der Mitglieder in Kenntnis zu setzen, die diesen Empfehlungen gefolgt sind;

Or. en

27.4.2022

A9-0044/6

Änderungsantrag 6

Daniel Freund

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Bericht

A9-0044/2022

Daniel Freund

Entlastung 2020: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
2021/2107(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 65 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

65a. bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass das Präsidium, dem mehrfach geäußerten Willen des Plenums zur Reform der allgemeinen Kostenvergütung (AKV) nicht nachkommt und damit verhindert, dass das Geld der Steuerzahler der Union, das sich auf 40 Mio. EUR pro Jahr beläuft, transparenter und rechenschaftspflichtiger ausgegeben wird; wiederholt seine Forderung nach einer Reform der AKV, mit der Stichprobenkontrollen für 5 % der AKV für Mitglieder durch die Dienststellen des Parlaments eingeführt und die Mitglieder verpflichtet würden, alle Belege im Zusammenhang mit der AKV aufzubewahren, jährlich eine Ausgabenübersicht nach Kategorien sowie einen Bestätigungsvermerk eines unabhängigen Rechnungsprüfers auf der Website des Parlaments zu veröffentlichen und den nicht ausgegebenen Anteil der AKV am Ende des Mandats zurückzugeben; stellt fest, dass sich die beantragten Stichprobenkontrollen auf die Überprüfung von 36 zufällig ausgewählten Mitgliedern pro Jahr beziehen würden und auf der Grundlage einer Berechnung der GD FINS höchstens vier bis sechs VZÄ-Stellen erfordern würden;

Or. en

AM\1254953DE.docx

PE719.508v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE